



Brüssel, den 26. Februar 2018
(OR. en)

6420/18

COASI 39
ASIE 10
RELEX 149
CFSP/PESC 168
ONU 16
COHOM 32

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Delegationen

Nr. Vordok.: 6121/18

Betr.: Die Malediven
– Schlussfolgerungen des Rates (26. Februar 2018)

Die Delegationen erhalten anbei die Schlussfolgerungen des Rates zu den Malediven, die der Rat auf seiner 3598. Tagung vom 26. Februar 2018 angenommen hat.

Schlussfolgerungen des Rates zu den Malediven

1. Der Rat verfolgt mit Sorge die jüngste Verschärfung der Lage auf den Malediven und ruft alle im Land – insbesondere die Ordnungskräfte – auf, Zurückhaltung zu üben.
2. Der Rat nimmt Kenntnis von der vom Obersten Gerichtshof der Malediven am 1. Februar 2018 im Plenum getroffenen Entscheidung, die Gültigkeit der Strafverfahren gegen führende Politiker in Frage zu stellen und ihre sofortige Freilassung anzuordnen. Der Oberste Gerichtshof hat außerdem entschieden, 12 Parlamentsabgeordnete wieder in ihr Amt einzusetzen.
3. Der Rat betont, dass es dem Parlament und den Gerichten ermöglicht werden sollte, ihre normale Tätigkeit im Einklang mit der Verfassung wiederaufzunehmen.
4. Der Rat erwartet von den zuständigen maledivischen Stellen, dass sie umgehend den Ausnahmezustand aufheben und alle verfassungsmäßig garantierten Rechte wiederherstellen. Der Rat appelliert an die maledivischen Behörden, die Rechtsstaatlichkeit zu achten und die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen, zu denen auch die freie Meinungsäußerung und das Recht auf ein faires Verfahren zählen. Der Rat verurteilt politisch motivierte Verhaftungen und ruft zur sofortigen Freilassung aller politischen Häftlinge auf. Des Weiteren verurteilt er jedwede Einmischung in die Arbeit des Obersten Gerichtshofs der Malediven und die gegen die Justiz und die Richter ergriffenen Maßnahmen.
5. Der Rat ist besorgt darüber, dass die aktuelle Lage auch Auswirkungen auf die Sicherheit von Ausländern, die dort wohnhaft sind oder sich zu Besuch aufhalten – einschließlich Touristen –, haben könnte.
6. Die aktuelle Lage steht nicht im Einklang mit den Grundsätzen der Demokratie und der Gewaltenteilung. Wenn keine Besserung der Lage eintritt, könnte der Rat gezielte Maßnahmen in Erwägung ziehen.
7. Der Rat fordert die Regierung der Malediven auf, in einen echten Dialog mit den Oppositionsführern einzutreten, durch den der Weg für glaubhafte, transparente und inklusive Präsidentschaftswahlen geebnet wird. Die EU ist bereit, die VN bei der Vermittlung eines solchen Dialogs zu unterstützen.